

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(17. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Christoph Hartmann (Homburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 15/222 –**

**Ressortforschungseinrichtungen des Bundes regelmäßig in Hinblick auf internationale Qualitätsanforderungen an das deutsche Forschungssystem evaluieren**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Helge Braun, Dr. Maria Böhmer, Katherina Reiche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 15/1981 –**

**Ressortforschung des Bundes effizienter gestalten und evaluieren**

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Carola Reimann, Walter Schöler, Carsten Schneider, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Antje Hermenau, Hans-Josef Fell, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 15/2665 –**

**Qualitätssicherung des Deutschen Forschungssystems**

### **A. Problem**

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine interne und externe Evaluation der Ressortforschungseinrichtungen der Bundesministerien in Auftrag zu geben und nach deren Abschluss dem Deutschen Bundestag Bericht zu erstatten.

Zu Nummer 2

Kennzeichen der Aufgaben und Dienstleistungen der Ressortforschungseinrichtungen des Bundes ist die enge Verknüpfung der Forschung mit Politikberatung und amtlichen Aufgaben. Um ihren hoheitlichen Auftrag optimal erfüllen zu können und im internationalen Wettbewerb die geforderte Qualität zu gewährleisten, sollen alle Ressortforschungseinrichtungen des Bundes einer Qualitätssicherung auf der Basis regelmäßiger Evaluationen unterzogen werden.

Zu Nummer 3

Ressortforschung und Ressortforschungseinrichtungen unterstützen den Meinungsbildungsprozess politischer Entscheidungsträger, insbesondere der Bundesregierung. Ihre Doppelfunktion zwischen Administration und Politikberatung auf der einen sowie Forschung auf der anderen Seite birgt sowohl Chancen als auch Risiken. Daher muss die wissenschaftliche Qualität der Ressortforschungseinrichtungen regelmäßig überprüft werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Wissenschaftsrat um eine Überprüfung der Ressortforschungseinrichtungen hinsichtlich der Notwendigkeit eigenständiger wissenschaftlicher Forschung und deren wissenschaftlicher Qualität zu bitten.

## **B. Lösung**

Zu Nummer 1

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/222 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

Zu Nummer 2

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1981 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

Zu Nummer 3

**Annahme des Antrags auf Drucksache 15/2665 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

## **C. Alternativen**

Annahme des Antrags der Fraktion der FDP – Drucksache 15/222 – und/oder  
Annahme des Antrags der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 15/1981 –.

## **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 15/222 – abzulehnen,
2. den Antrag – Drucksache 15/1981 – abzulehnen,
3. den Antrag – Drucksache 15/2665 – anzunehmen.

Berlin, den 5. Mai 2004

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Ulrike Flach**  
Vorsitzende/  
Berichterstatterin

**Dr. Carola Reimann**  
Berichterstatterin

**Helge Braun**  
Berichterstatter

**Hans-Josef Fell**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Dr. Carola Reimann, Helge Braun, Hans-Josef Fell und Ulrike Flach

### I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 15/222** in seiner 64. Sitzung am 26. September 2003 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Verteidigungsausschuss, Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 15/1981** in seiner 100. Sitzung am 25. März 2004 beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, Innenausschuss, Rechtsausschuss, Haushaltsausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Verteidigungsausschuss, Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Zu Nummer 3

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 15/2665** in seiner 100. Sitzung am 25. März 2004 beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Haushaltsausschuss überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Die **Fraktion der FDP** fordert auf der Grundlage der Erfahrungen bei der Evaluation der Forschungsinstitute der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e. V. eine systematische und regelmäßige Evaluierung aller Ressortforschungseinrichtungen des Bundes, um die Transparenz ihrer Forschung zu erhöhen, ihre Effizienz zu steigern und Doppelstrategien zu vermeiden.

Zu Nummer 2

Die **Fraktion der CDU/CSU** skizziert die hoheitlichen Aufgaben der 50 Bundeseinrichtungen mit Forschungsauf-

gaben. Diese verknüpften Forschung mit Politikberatung und amtlichen Aufgaben. Hochwertige, den gesetzlichen Auftrag der Ministerien unterstützende und international wettbewerbsfähige wissenschaftliche Politikberatung muss höchsten Qualitätsansprüchen genügen. Die Antragsteller fordern, dass sich die Ressortforschung im Wettbewerb mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf die Forschung beschränken soll, die zur Erfüllung hoheitlicher und regulatorischer Aufgaben notwendig ist.

Die Regierung wird aufgefordert, die wissenschaftliche Qualität, Effektivität und Transparenz der Ressortforschung durch eine systematische und regelmäßige Evaluation zu gewährleisten und die Ressortforschung durch strukturelle, personelle und haushaltstechnische Maßnahmen zu optimieren, unter anderem durch:

- Gewinnen international renommierter Führungskräfte als wissenschaftliche Leiter der Einrichtungen, öffentliche Ausschreibung der Leiterstellen und ihre angemessene Dotierung,
- Flexibilisierung von 30 Prozent der Personalmittel, um personell schnell auf neue wissenschaftliche und politische Anforderungen reagieren zu können,
- Aufbau eines ressortbezogenen Gesamtkonzeptes mit klarer Definition der Aufgaben, Koordinierung aller Ressortforschungseinrichtungen durch das BMBF,
- Aufbau der Forschungseinrichtungen nach inhaltlichen und funktionalen Gesichtspunkten sowie Aufgabenschwerpunkten und Bildung zusätzlicher projektbezogener interdisziplinärer Arbeitsgruppen,
- Einführung einer umfassenden Kosten- und Leistungsrechnung, um die Forschungs- und Dienstleistungseffizienz in Abhängigkeit von den Kosten beurteilen zu können.

Zu Nummer 3

Die **Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklären, dass die bisherigen Anstrengungen der Bundesregierung, Forschungsorganisationen und des Wissenschaftsrats zur Evaluierung der deutschen Forschungslandschaft wichtige Reformen angestoßen und maßgeblich zur Effizienzsteigerung und Qualitätssicherung des deutschen Forschungssystems beigetragen habe. Die Evaluierungen hätten aber auch Defizite aufgezeigt und deutlich gemacht, dass eine Qualitätssicherung des Ressortforschungssystems durch Evaluierung notwendig sei. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates im Zusammenhang mit seiner Untersuchung der Rahmenbedingungen der Forschung am Beispiel der Ressortforschung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft werden als sinnvolle Grundlage für die weitere Entwicklung der Ressortforschung gesehen. Die Antragsteller sehen in der Doppelfunktion der Ressortforschung, die einerseits administrative und politikberatende, andererseits Forschungsaufgaben wahrnehme, Chancen und Risiken. Ressortforschung solle die Wissensbasis zur Lösung globa-

ler ökonomischer, sozialer und ökologischer Aufgaben im Sinne des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung zur Verfügung stellen.

Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung aufgefordert,

- den Wissenschaftsrat um eine aufgabenkritische Überprüfung der Ressortforschungseinrichtungen hinsichtlich der Notwendigkeit eigenständiger wissenschaftlicher Forschung und deren wissenschaftlichen Qualität zu bitten und dabei die internationalen Erfahrungen und Ergebnisse bereits vollzogener Evaluationsprozesse einzubeziehen,
- den Wissenschaftsrat ferner zu bitten, bei seiner Überprüfung den besonderen Stellenwert der Ressortforschung zu definieren und vorzuschlagen, wie die Vergabe von Forschungsaufträgen wettbewerblich und qualitätssichernd optimiert werden kann,
- nach Vorliegen der exemplarischen Evaluierungsergebnisse über Konsequenzen für die Ressortforschungen des Bundes und das weitere Vorgehen der Bundesregierung zunächst in einem ersten Zwischenbericht bis spätestens Ende 2004 zu berichten,
- zu veranlassen, dass alle Ressortforschungseinrichtungen in Zukunft Forschungsprogramme erstellen, die darüber Aufschluss geben, zu welchen Themen die jeweiligen Einrichtungen in den kommenden Jahren mit welchen Finanzmitteln forschen werden,
- gegenüber den Ländern die Überprüfungen durch den Wissenschaftsrat in analoger Weise anzuregen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Die mitberatenden **Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit, Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Verteidigung, Gesundheit und Soziale Sicherung und Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/222 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU/CSU ebenfalls, den Antrag auf Drucksache 15/222 abzulehnen.

Zu Nummer 2

Die mitberatenden Ausschüsse **Auswärtiger Ausschuss, Innenausschuss, Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Ausschuss für Verteidigung, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung, Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ge-

gen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/1981 abzulehnen.

Der mitberatende **Rechtsausschuss, der Haushaltsausschuss** sowie der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** haben die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1981 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1981 empfohlen.

Zu Nummer 3

Der mitberatende **Haushaltsausschuss** und der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** haben empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/2665 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP anzunehmen.

Die **Ausschüsse für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Umwelt- Naturschutz und Reaktorsicherheit** haben mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/2665 anzunehmen.

Die **Ausschüsse für Gesundheit und Soziale Sicherung** und für **Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** haben mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Enthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, dem Antrag auf Drucksache 15/2665 zuzustimmen.

### IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner 37. Sitzung am 28. April 2004 beraten und empfiehlt:

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/222 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 15/1981 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Zu Nummer 3

Annahme des Antrags auf Drucksache 15/2665 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird erklärt, dass der Ressortforschung neben der universitären und außeruniversitären Forschung ein unverzichtbarer Stellenwert für politi-

sche Entscheidungen zukomme. Eine regelmäßige Leistungsüberprüfung der Ressortforschungseinrichtungen sei vonnöten. Sie müsse dabei jedoch deren besondere Doppelfunktion im Auge haben.

Der Antrag der Fraktion der FDP vermittele den Eindruck, dass man bei der Evaluierung erst am Anfang stehe und die Ressortforschung dazu überreden müsse. In der Vergangenheit wären allerdings Ressortforschungseinrichtungen auch auf deren eigenen Wunsch hin evaluiert worden. Da der Wissenschaftsrat in der Vergangenheit gute Evaluierungsarbeit geleistet habe und er auch immer den Rat internationaler Experten einhole, solle er mit der Evaluation beauftragt werden.

Die Pauschalität, mit der in den vergangenen Wochen Ergebnisse der Evaluierung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft auf die gesamte Ressortforschung übertragen worden wäre, sei undifferenziert und daher nicht korrekt gewesen.

Die Fraktion der SPD vermisst in den Anträgen der Oppositionsfraktionen die Berücksichtigung der Doppelfunktion der Ressortforschung. Mit den zum Teil widersprüchlichen Vorschlägen der Fraktion der CDU/CSU zur Strukturveränderung der Einrichtungen würden bereits die erst zu ermittelnden Evaluierungsergebnisse vorweggenommen. Daher könne die Fraktion der SPD den Anträgen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP nicht zustimmen.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird zunächst auf die Unterschiede der Definition der Ressortforschungsaufgaben der Regierungs- und Oppositionsfraktionen hingewiesen. Die Forschungsvorhaben des Bundes würden aus den praktischen Notwendigkeiten der einzelnen Ressorts und ihren hoheitlichen Aufgaben heraus entwickelt. Allgemeiner wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn wäre bei den universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit ihren speziellen Arbeitsprinzipien besser aufgehoben. Die bisher durchgeführten Evaluationen hätten bei allen evaluierten Einrichtungen ein gemeinsames strukturelles Problem aufgedeckt. Darauf basiere der Antrag der Fraktion der CDU/CSU. Die Forderungen der Fraktion der SPD werden als zu allgemein, und was die Zeitplanung angeht, als zu wage kritisiert. Auch wenn der jetzt eingebrachte Antrag der Fraktion der SPD eine Weiterentwicklung ihrer im Plenum vertretenen Ansicht zeige und die Notwendigkeit weiterer Evaluierungsmaßnahmen sehe, müsse die Fraktion der CDU/CSU ihn ablehnen.

Die Ressortforschung erfülle ihre Aufgaben vorbildlich, aber mit einem flexiblen und leistungsorientierten Dienstrecht und der Einführung interdisziplinärer Arbeitsmodelle könne deren Arbeit noch optimiert werden. Dem Antrag der Fraktion der FDP wolle die Fraktion der CDU/CSU zustimmen.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird zwar die Einigkeit der Fraktionen gesehen, die Effizienz der Ressortforschung steigern zu wollen. Die Regierungsfaktionen wollten aber die Doppelfunktion der Ressortforschung aufrecht erhalten, da auch die Qualität des wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns sehr gut sei.

Im Antrag der Fraktion der CDU/CSU sehe man einen Widerspruch, wenn einerseits die Ressortforschung auf das Bereitstellen von Erkenntnissen für hoheitliche und regulatorische Aufgaben beschränkt werden solle, andererseits aber auch eine bessere Vernetzung deren Grundlagenforschung mit anderen Forschungseinrichtungen gefordert werde.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hebe hervor, dass unter der amtierenden Bundesregierung die Evaluierung begonnen worden sei und dass die Erkenntnisse der Überprüfung im Bereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, die seit Januar vorlägen, in den vorliegenden Koalitionsantrag eingeflossen seien. Der Antrag habe damit eine fundierte Basis, er strebe das von allen Fraktionen angestrebte Ziel der Effizienzverbesserung, die Vermeidung von Doppelforschung und die inhaltliche Neuausrichtung der Ressortforschung auf aktuelle notwendige gesellschaftliche Anforderungen an. Der Wissenschaftsrat begrüße dies ausdrücklich. Aus den genannten Gründen könne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Anträgen der Oppositionsfraktionen nicht zustimmen.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird auf den bereits vor fünf Jahren eingebrachten Antrag der FDP-Forschungspolitiker zu dem Thema hingewiesen. Man sei froh, dass alle Fraktionen jetzt zu der Auffassung gelangt wären – bei allen Unterschieden der Anträge – dass eine Evaluierung der Ressortforschungseinrichtungen notwendig sei. Die Fraktion der FDP habe einen sehr guten Überblick über die Evaluierungsvorgänge in den Bundesministerien gewinnen können, da sie im letzten Jahr alle Bundesministerien mit der Bitte um entsprechende Informationen angeschrieben habe. Die Antworten wären zum Teil sehr zufrieden stellend gewesen, das BMBF arbeite in dem Hinblick vorbildlich. Es gebe jedoch auch Hinweise, dass einige Bundesministerien offensichtlich nicht wüssten, was Evaluierung bedeute. Es sei dringend erforderlich, dass sich der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung klar und offen zur Notwendigkeit einer regelmäßigen Evaluierung äußere. Die Liberalen befürworteten, dass Institute, die nicht mehr unbedingt auf der hoheitlichen Ebene betrieben werden müssten, in den Außerressortforschungsbereich überführt würden.

Die Fraktion der FDP werde dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU zustimmen und den Antrag der Regierungsfaktionen ablehnen.

Berlin, den 5. Mai 2004

### **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Dr. Carola Reimann**  
Berichterstatlerin

**Helge Braun**  
Berichterstatter

**Hans-Josef Fell**  
Berichterstatter

**Ulrike Flach**  
Berichterstatlerin



